



2021/38 Thema

<https://jungle.world/artikel/2021/38/berliner-wahlzirkus>

Der Bundestagswahlkampf in Berlin

Berliner Wahlzirkus

Von **Philipp Idel Paul Simon**

Veranstaltungen mit Rappern, auf der Trabrennbahn und im Theater: In Berlin suchen die Parteien im Bundestagswahlkampf nach den geeigneten Kulissen, um sich ihren Wählern zu präsentieren.

»Warum wollen die Grünen Autos mit Verbrennungsmotor durch Elektroautos ersetzen, obwohl man doch weiß, dass der Verbrennungsmotor auf längere Sicht besser ist?« fragt ein Jugendlicher die Bundestagskandidatin der Grünen im Wahlkreis Berlin-Mitte, Hanna Steinmüller. Die weicht aus. Die Grünen wollten eine »echte Verkehrswende statt nur den Verbrenner durch E-Autos ersetzen«, sagt sie. Offenbar will sie den Jugendlichen nicht widersprechen, das könnte ja eine Stimme kosten.

»Die Armen der Welt haben ein Menschenrecht auf zivilisatorischen Fortschritt, die wollen nicht Bullerbü.« Christian Lindner, Spitzenkandidat der FDP

Steinmüller sitzt an diesem Montagabend in einem Saal im Tribünengebäude des Poststadions im Berliner Stadtteil Moabit, neben ihr haben die Bundestagskandidatinnen von CDU, SPD und FDP sowie der Bundestagskandidat der Linkspartei im Wahlkreis Platz genommen; die Kandidatin der AfD, Beatrix von Storch, ist nicht anwesend. Rund 100 Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren sind zu der Veranstaltung gekommen, dem Anschein nach haben viele einen arabischen oder türkischen Migrationshintergrund. Sie spielen in den Nachwuchsteams des Fußballregionalligisten Berliner Athletik-Klub, die meisten tragen Trainingsanzüge. Am Ende des Abends sollen sie probeweise ihre Stimme für eine der Parteien abgeben.

Auch die Kandidatinnen und der Kandidat sind jung und fast alle lässig gekleidet. Ottilie Klein (CDU) fällt auf mit ihrem schicken Kleid und ihren hohen Schuhen. Auf dem kleinen Tisch vor ihr stehen ein gelbes Herz aus Holz und eine Postkarte mit der Aufschrift »I love Mitte«. »I love Mitte« heißt bei mir auch immer: Ich liebe die politische Mitte«, sagt sie. »Jeder Extremist ist Mist.«

Annika Klose (SPD), die ehemalige Vorsitzende der Berliner Jusos, will offenbar nicht als Vertreterin der sogenannten politischen Mitte wahrgenommen werden. Ihre bevorzugte Koalition sei Rot-Grün-Rot. Hartz IV solle durch eine Grundsicherung ohne Sanktionen ersetzt werden. Im Wahlprogramm der SPD heißt es diesbezüglich lediglich: »Sinnwidrige und unwürdige

Sanktionen schaffen wir ab.«

Martin Neise (»Die Linke«) berlinert und gibt sich kämpferisch: »Ran an de Buletten, jeht in de Jewerkschaft oder wat auch immer, abba vor allem: Jeht wähl'n und wählt ›Die Linke‹, dann mach'n wa Remmidemmi«, ruft er den Jugendlichen zu. Der Saal johlt. Auch Anna Kryszan (FDP) bekommt viel Applaus. »Bitte glaubt an euch, dann schafft ihr es«, sagt sie. »Ich habe auch keinen kartoffeldeutschen Namen und habe es geschafft.«

Am Ende erhält sie 15 Prozent der Stimmen, die Linkspartei kommt sogar auf 29 Prozent; anscheinend spielten persönliche Sympathien bei der Wahlentscheidung im Saal eine wichtige Rolle. Nur die SPD ist mit 32 Prozent stärker als »Die Linke«, die CDU kommt auf 16 Prozent, die Grünen erhalten nur auf acht. Möglicherweise auch, weil Steinmüller sich teils kompliziert ausgedrückt hatte.

Am Abend darauf spricht sie auf dem Louise-Schroeder-Platz in Berlin-Wedding, diesmal bei einer Veranstaltung ihrer Partei. Auch zu dieser sind vor allem Jugendliche gekommen. Sie sitzen auf dem Platz herum, der Geruch von Marihuana liegt in der Luft. Das einzige Thema des Abends ist der Kampf gegen die AfD. »Rassismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie«, sagt Steinmüller.

Die Jugendlichen sind offenbar vor allem gekommen, um den Rapper Soho Bani zu hören, den die Grünen eingeladen haben. Erst als das Konzert beginnt, stehen sie auf und nähern sich der Bühne. Soho Bani rappt mit viel Hall und Autotune zum Playback über Jungen, denen ihre Eltern vorwerfen, dass sie den ganzen Tag im Park abhingen und auf »miesem Zeug« seien. Am Ende des Konzerts sagt er: »Fick die AfD, fick die CDU, fick die FDP, schieß auf die alle.«

Ein ganz anderes Publikum folgt am darauffolgenden Samstagabend der Einladung der Linkspartei auf die Trabrennbahn im Ostberliner Stadtteil Karlshorst. Vor allem ältere Menschen hören den Reden der anwesenden Direktkandidaten zu, während hinter dem Podium ein Traber im Sulky seine Runden zieht. Im »Ziel-Imbiss« gibt es Bratwurst und Bier.

Gesine Löttsch, die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von »Die Linke«, sitzt mit Gregor Gysi, der im Ostberliner Bezirk Treptow-Köpenick seit Jahren das Direktmandat gewinnt, und dem serbischstämmigen Schauspieler und Regisseur Gojko Mitić auf einem roten Sofa. Mitić wurde in der DDR mit Indianerfilmen berühmt.

In seiner Rede sagt Gysi, das Problem von Bundeskanzlerin Angela Merkel sei gewesen, dass sie Politik nur verwaltet habe, statt ein Ziel zu haben. Ihrer Partei gibt er wohlmeinende Ratschläge: »Die CDU weiß nicht, wohin, sie muss in die Opposition, um das zu klären.« Außenpolitisch brauche man gute Beziehungen zu den USA, zu Russland – und zu China: »Ich finde das ja auch falsch, was mit den Uiguren passiert. Aber erreicht man etwas mit Sanktionen?«

Dann kommt er auf die Klimapolitik zu sprechen. »Natürlich sind das bei Fridays for Future meistens Leute aus besserverdienenden Familien«, sagt er. Recht hätten sie ja, aber Klimapolitik müsse sozialverträglich sein: »Du kannst ein Braunkohlerevier schließen, aber du musst den Kumpeln sagen können, welchen gleichbezahlten Job sie am nächsten Tag haben werden.« Mit der FDP sei das nicht möglich, deshalb müsse man über Rot-Rot-Grün reden.

Einen Tag später spricht in Berlin-Mitte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner. Er kritisiert naturgemäß die Linkspartei: Wohin deren »demokratischer Sozialismus« führe, könne man in

Venezuela sehen, sagt er. »Und links sind Deutschland und Berlin schon genug!« Der Spitzenkandidat der Liberalen steht am Sonntagnachmittag auf einer Holzbühne im Monbijou-Theater. Wo sonst im Schatten des Bode-Museums Märchen der Gebrüder Grimm oder Stücke von Shakespeare aufgeführt werden, geht es an diesem Tag um das freie Unternehmertum. Das Theater müsse erhalten bleiben, hatte kurz zuvor Felix Hemmer gefordert, Fraktionsvorsitzender der FDP im Bezirk Mitte, denn die FDP sei »für gewachsene Freiräume«, besonders wenn sie ohne Subventionen auskommen. Für diesen Hinweis gibt es einen Extraapplaus. Am Sonntag werden in Berlin auch die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt.

Das kleine Theater ist überfüllt, die Menschen stauen sich vor den Eingängen, um einen Blick auf Lindner zu erhaschen. Es sind deutlich mehr saubere Seitenscheitel, schicke Brillen und -weiße Hemden zu sehen als am Abend zuvor in Karlshorst; zahlreiche junge Männer sehen aus, als seien sie auf dem Weg zu einem Bewerbungsgespräch bei einer Unternehmensberatung. Lindner weiß, wie er bei dieser Klientel Gefallen weckt: ein hingeworfenes »Annalena Baerbock, die vom Völkerrecht kommt«, und er hat die Lacher auf seiner Seite. Der ehemalige US-Außenminister John Kerry habe ihm kürzlich erst vom weltweiten Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung als größter Investition des 21. Jahrhunderts vorgeschwärmt. »Und was machen wir?« Kunstpause. »Reden über Lastenfahräder.« Das Klima müsse gerettet werden, findet auch er, aber mit Technik, Unternehmergeist und Bürokratieabbau. »Die Armen der Welt haben ein Menschenrecht auf zivilisatorischen Fortschritt, die wollen nicht Bullerbü.«

Dass Lindner fast ausschließlich über Klimapolitik spricht, liegt vielleicht auch an der Anwesenheit einiger Klimaschützer. Zum Schluss lässt er sie ans Mikro. »Ein Klimaprogramm, das das Jahr 2050 als Ziel für Nullemissionen nennt«, sagt ein junger Mann mit angespannter Stimme, »ist ein Programm der fahrlässigen Völkertötung, es ist die Duldung des Sterbens von Millionen von Menschen.« »Vielen Dank für die Meinungsäußerung«, sagt Lindner lässig, bevor er betont, dass Verbote ja wohl kaum zum Ziel führen würden.

So souverän reagieren einige FDP-Anhänger nicht. Eine Gruppe Jugendlicher hat sich mit einem Banner vor dem Ausgang des Theaters aufgestellt, auf dem der FDP vorgeworfen wird, ihr Programm sei das klimafeindlichste aller Parteien. »Fake news sind das«, erzürnen sich einige Männer. »Protest ist ja okay, aber die Fakten müssen stimmen.« Ein anderer droht mit der Polizei: »Die nimmt euch fest.« Da ist Lindner schon längst auf dem Weg zum nächsten Termin.